

Wir sorgen für Sicherheit und erhalten die Freiheit



41. Ordentliche Bundesdelegiertenkonferenz
16. - 18. Juni 2017, Berlin

Gremium: Landesvorstand Hessen
Beschlussdatum: 02.05.2017
Tagesordnungspunkt: FH.FH-SF Wir sorgen für Sicherheit und erhalten die Freiheit

- 1 Freiheit, Rechtsstaat, Demokratie und Menschenrechte gehen alle an. Sie zu schützen ist die
- 2 Aufgabe der gesamten Gesellschaft.
- 3 Die Voraussetzungen für ein freies, selbstbestimmtes Leben zu schaffen, ist das Ziel der
- 4 Sicherheitspolitik von Bündnis 90/Die Grünen. Wir wollen auch künftig selbst entscheiden,
- 5 wohin unsere Gesellschaft sich entwickelt, wen wir lieben, wie wir uns kleiden, welche Wege
- 6 wir für unser eigenes Leben wählen.
- 7 Das deutsche Grundgesetz gibt allen Bürgerinnen und Bürgern gleiche Rechte. Es schließt
- 8 Diskriminierung wegen Geschlecht, sexueller Orientierung, Abstammung, Sprache, Herkunft,
- 9 Glauben, religiöser oder politischer Anschauungen oder Behinderung aus und garantiert die
- 10 Meinungs- und Versammlungsfreiheit. Bürgerinnen und Bürger kontrollieren über Öffentlichkeit
- 11 und Parlamente das staatliche Handeln. Dadurch entsteht die wichtigste Ressource jeder
- 12 Sicherheitspolitik: Das Vertrauen und die praktische Unterstützung der Bevölkerung.
- 13 In demokratisch verfassten Gesellschaften geht es nicht mehr darum, den Staat vor seinen
- 14 Bürgern zu schützen. Aufgabe der Sicherheitsinstitutionen ist es vielmehr, die Rechte der
- 15 Bürgerinnen und Bürger zu verteidigen und neue wie alte Gefahren für Freiheit und Sicherheit
- 16 wirksam zu bekämpfen. Die Garantie der Menschenrechte ist dabei der Maßstab, an dem wir
- 17 unsere Politik messen. Wir Grüne setzen uns deshalb für gut ausgestattete, ausgebildete und
- 18 geführte sowie demokratisch verantwortete Institutionen von Polizei, Justiz und
- 19 Nachrichtendiensten ein. Diese müssen nicht nur wirksam und vorausschauend handeln,
- 20 sondern
- 21 auch lernen, das eigene Handeln in Frage zu stellen, Fehler zu korrigieren und erfolgreiche
- 22 Strategien weiter zu verbessern.
- 23 Der schreckliche Anschlag vom Berliner Breitscheidplatz hat sich gegen unsere Freiheit und
- 24 unsere demokratische Selbstbestimmung gerichtet. Die islamistischen Ideologen werden damit
- 25 keinen Erfolg haben. Dasselbe gilt für rassistische und antidemokratische Organisationen,
- 26 die sich gegen Freiheit, Demokratie und Menschenrechte wenden. Wir fordern eine konsequente
- 27 Aufklärung aller terroristischen Taten und deren effektive Prävention. Zugleich wenden wir
- 28 uns im politischen Kampf gegen diejenigen Kräfte, die sich innerhalb des parlamentarischen
- 29 Systems die unsere demokratische Ordnung angreifen und menschenfeindlichen Ideologien den
- 30 Boden bereiten.
- 31 Erfolgreiche Sicherheitspolitik ist eine Politik, die für Freiheit kämpft. Sie ist kein
- 32 Monopol angeblicher „Sicherheitsexperten“, die aus jedem Ereignis in der Welt eine
- 33 Verschärfung irgendeines Paragraphen zu folgern in der Lage sind. Viele vermeintliche
- 34 Sicherheitsdebatten beschäftigen Öffentlichkeit und Bevölkerung mit Scheinproblemen (ein

34 Beispiel ist die Erklärung von Staaten zu „sicheren Herkunftsstaaten“), während vorhandene
35 rechtliche Regelungen wie im Fall Anis Amri „übersehen“ und die Verantwortung zwischen
36 schlecht koordinierten Behörden hin und her verschoben wird.

37 **Gegen Effekthascherei: Weg von einer ideologischen und hin zu einer wirksamen** 38 **Sicherheitspolitik**

39 Auch wenn populistische Ideologen das glauben machen wollen: Unsere Sicherheit wird nicht
40 durch zu viel Freiheit und Rechtsstaatlichkeit gefährdet. Deutschland verdankt sinkende
41 Verbrechenzahlen nicht zuletzt den Erfolgen der Strafrechtsreformen der letzten Jahrzehnte.
42 Wir stehen zu diesen Reformen - z. B. einem vernünftigen, menschenrechtskonformen
43 Strafvollzug, einem erziehungsorientierten Jugendstrafrecht, einem modernen Sexualstrafrecht
44 - die gegen den düsteren Teil der Traditionen der deutschen Justiz- und Sicherheitsbehörden
45 erkämpft wurden. Attacken gegen wissenschaftliche Vernunft und praktisches Expertenwissen
46 sind für uns nicht akzeptabel. Ideologische Scharfmacherei schafft nicht mehr, sondern
47 weniger Sicherheit. Schärfere Strafen oder Einschränkungen des Jugendstrafrechtes verhindern
48 keine Verbrechen. Gefängnisstrafen für Bagatelldelikte sind schon deshalb so weit als
49 möglich zu vermeiden, weil alle Erfahrungen zeigen, dass das Gefängnis ein zentraler Ort von
50 Radikalisierung und Professionalisierung politischer wie gewöhnlicher Krimineller und
51 Terroristen ist.

52 **Sicherheit in einem starken Rechtsstaat**

53 Die gegenwärtige Regierung vermittelt das Bild eines hilflosen Staates, der von jedem
54 Anschlag überrumpelt wird und der Kriminalität beständig hinterherhinkt. Dazu hat
55 beigetragen, dass das seit zwölf Jahren CDU/CSU-geführte Bundesinnenministerium auf neue
56 sicherheitspolitische Herausforderungen immer die gleichen hilflosen Antworten gibt. Anstatt
57 Fehler zu analysieren und abzustellen forciert es Gesetzesverschärfungen im
58 Hauruckverfahren, deren Folgen nicht abgeschätzt werden. Im besten Fall sind sie
59 sicherheitspolitische Placebos, im schlechtesten Fall stellen sie wichtige Grundsätze des
60 Rechtsstaats in Frage.

61 Wir stellen dagegen das Konzept der bürgernahen Sicherheit: Einer personell und materiell
62 gut ausgestatteten, zielgerichtet arbeitenden Polizei und einer auf klaren rechtsstaatlichen
63 Prinzipien beruhenden Arbeit der Nachrichtendienste sowie eines geregelten
64 Informationsaustauschs der deutschen sowie der europäischen Sicherheitsbehörden. Damit
65 sogenannte „Gefährdern“ wirksam, zuverlässig und bundeseinheitlich und nach klaren
66 rechtsstaatlichen Regeln überwacht werden können ist eine eindeutige Definition des Begriffs
67 Gefährder*in durch den Gesetzgeber erforderlich.

68 Für mehr Sicherheit brauchen wir fachkundige und professionelle Polizeiarbeit sowie eine
69 motivierte, vielfältige, personell und sachlich ihren Aufgaben angemessen ausgestattete
70 Polizei. Dafür setzen sich unsere grünen Landesregierungen flächendeckend ein. Die Polizei
71 muss auch als Arbeitgeber attraktiv und in der Gesellschaft anerkannt sein.

72 Die Einsparungen der vergangenen Jahre bei der Bundespolizei waren ein Fehler. Während die
73 Kriminalität insgesamt sinkt, bereiten Deliktformen wie Wohnungseinbrüche vielen Menschen
74 Sorge. Gegen solche, in manchen Fällen auch überregional vernetzte Kriminalität setzen wir
75 zielgerichtete, länderübergreifende Polizeizusammenarbeit sowie auf verstärkte Prävention
76 und Aufklärung.

77 Unser Ziel ist eine Polizei, die an der Seite der Menschen für Sicherheit sorgt und zugleich
78 für eine lebendige Demokratie eintritt. Auch deshalb setzen wir uns für unabhängige
79 Polizeibeauftragte als Ansprechpartner für Beamt*innen wie Bürger*innen ein, so wie sie
80 mehrere grün-mitregierte Länder bereits eingeführt haben.

81 Das ineffiziente Nebeneinander von Bundespolizei, Zollpolizei und Bundeskriminalamt wollen
82 wir beenden. Weil Terror und internationale Kriminalität keine Grenzen kennen, müssen
83 Sicherheitsbehörden international nach klaren rechtsstaatlichen Regeln, gemeinsamen
84 Grundrechtsstandards und parlamentarisch kontrolliert zusammenarbeiten. Europa hat eine
85 gemeinsame Verantwortung für ein europäisches Grenzregime, das den Schutz der
Menschenrechte

86 zur Grundlage hat, Rechtssicherheit garantiert sowie das Vertrauen in das Schengen-System
87 stärkt. Den immer wieder geforderten Einsatz der Bundeswehr im Innern lehnen wir als
88 gefährlichen Unsinn ab. Ein wirksames Mittel, um Terrorakte und Amoktaten zu verhindern, ist
89 die Erschwerung des Zuganges zu Waffen. Es ist immer noch viel zu einfach, an illegale
90 Schusswaffen und umgebaute Dekorationswaffen zu gelangen.

91 Videoüberwachung oder Videobeobachtung kann an Orten mit hoher Kriminalitätsbelastung und
92 gefährdeten öffentlichen Orten eine sinnvolle Maßnahme sein. Auch hier ist der Gesetzgeber
93 gefragt, damit die Rahmenbedingungen für derartige Maßnahmen sowie die Möglichkeiten zu
94 ihrer parlamentarischen Überprüfung rechtsstaatlich verbindlich geklärt werden. Zugleich
95 weisen wir aber darauf hin, dass Kameratechnik keine Polizeistreifen ersetzt.

96 **Gewaltmonopol des Rechtsstaates durchsetzen**

97 Wir Grüne stehen für gewaltfreie Formen des politischen Protestes und für das Gewaltmonopol
98 des Rechtsstaates. Gewalttäter sind – gleich welche Begründung sie für ihre Handlungen
99 vortragen – in den dafür vorgesehenen Verfahren zur Verantwortung zu ziehen.

100 Die Zahl rechtsextremer Straftaten hat in den letzten Jahren ein Rekordniveau erreicht. Es
101 gibt inzwischen in Deutschland Regionen, in die Menschen anderer Herkunft oder Hautfarbe
102 sich nicht mehr trauen – eine Schande für den Rechtsstaat. Deshalb ist es eine absolut
103 vordringliche Aufgabe der Politik, dafür zu sorgen, dass sich alle Menschen unabhängig von
104 ihrer Herkunft, ihrem Geschlecht, ihrer sexuellen Identität oder Religion frei und sicher
105 bewegen können – egal ob in Berlin, Sachsen oder Baden-Württemberg. Sicherheitsbehörden
und

106 Justiz müssen so ausgestattet werden dass sie rechtsstaatliche Verhältnisse überall
107 garantieren können, indem sie rassistische und andere extremistische Straftaten konsequent
108 ahnden und Strategien für den Schutz von Minderheiten entwickeln.

109 Wir wollen den Schutz für Opfer rechter Gewalt verbessern. Wer Opfer von rassistischer
110 Gewalt geworden ist, sollte nicht abgeschoben werden.

111 **Zäsur beim Verfassungsschutz**

112 Das Versagen gegenüber dem rechtsterroristischen NSU hat deutlich gemacht: Das Bundesamt
für

113 Verfassungsschutz war in der Vergangenheit häufig nicht in der Lage, angemessene Strategien
114 gegen gefährliche Entwicklungen am rechten Rand zu entwickeln. Auch die zweifelhafte Rolle

115 des Verfassungsschutzes beim Anschlag auf den Berliner Breitscheidplatz weist auf schlimme
116 Fehleinschätzungen hin.

117 Wir wollen daher die Verfassungsschutzbehörden grundlegend reformieren Wir wollen das
118 aktuelle Bundesamt für Verfassungsschutz durch ein personell und strukturell reformiertes
119 Bundesamt zur Gefahren- und Spionageabwehr ersetzen, das mit nachrichtendienstlichen
Mitteln
120 klar abgegrenzt von polizeilichen Aufgaben arbeitet Die allgemeine Beobachtung demokratie-
121 und menschenfeindlicher Bestrebungen soll ein unabhängiges Institut zum Schutz der
122 Verfassung übernehmen, das ausschließlich öffentliche Quellen nutzt und auch das breite
123 Wissen zivilgesellschaftlicher Institutionen für seine Analysen nutzt. Bisher sind
124 Wissenschaft und engagierte Zivilgesellschaft regelmäßig besser informiert als das Bundesamt
125 für Verfassungsschutz.

126 **Menschenrechtliches Engagement und Prävention stärken**

127 Vereine, Initiativen und Kirchen engagieren sich seit Jahren für mehr Demokratie. Das wollen
128 wir besser anerkennen und ihre finanzielle Ausstattung sicherstellen. Wo immer Bürgerinnen
129 und Bürger sich gegen Nazis engagieren durch Bildungs- und Beratungsarbeit, durch Demos
und

130 friedliche Blockaden von Nazi-Aufmärschen oder in der antifaschistischen Einhornaktion,
131 haben sie unsere volle Unterstützung und Solidarität.

132 Wir müssen alles unternehmen, damit junge Menschen erst gar nicht in menschenverachtende
und

133 Gewalt verherrlichende Ideologien abgleiten. Deshalb fordern wir die Förderung von
134 Demokratie- und Medienkompetenz junger Menschen sowie eine Stärkung von
Beratungsstellen,

135 Jugendverbänden und aufsuchender Jugendarbeit. Dazu gehören auch Justizvollzugsanstalten,
136 denn sie waren in der Vergangenheit ebenfalls Stationen der Radikalisierung.

137 Wir wollen die Präventionsprogramme gegen Rechtsextremismus sowie gewaltbereiten
Islamismus

138 und Salafismus massiv ausbauen und Programme zur Deradikalisierung und für Aussteiger
139 insbesondere aus der rechtsextremen und islamistischen Szene stärken. Dabei haben für uns
140 die wirksamen zivilgesellschaftlichen Ansätze Vorrang. Moscheegemeinden und im Besonderen
141 ihre Imame sind in der Verantwortung, ihren Beitrag zur Prävention und Verhinderung der
142 Radikalisierung von Jugendlichen zu leisten.

143 Bund, Länder, Kommunen und zivilgesellschaftliche Institutionen sollen dabei gemeinsam in
144 einem bundesweiten Präventionszentrum arbeiten. Dieses Zentrum soll sich nicht nur mit
145 politisch motivierter, sondern auch mit anderen Formen der Kriminalität befassen und die
146 erheblichen Potentiale von Präventionsprogrammen in diesem Bereich wirksam machen.

147 **Wer Grün wählt, stimmt für diese drei Projekte:**

148

149 **Rechtsstaatliche Verhältnisse für alle**

150 Wir sehen es als absolut vordringliche Aufgabe der Politik an, dafür zu sorgen, dass sich
151 alle Menschen unabhängig von ihrer Herkunft, ihrem Geschlecht, ihrer sexuellen Identität

152 oder Religion frei und sicher bewegen können. Polizei und Justiz müssen dafür sorgen, dass
153 rechtsstaatliche Verhältnisse wieder im gesamten Bundesgebiet gelten, indem sie rassistische
154 und andere menschenrechtsfeindliche Straftaten konsequent ahnden und Strategien für den
155 Schutz von Minderheiten entwickeln. Die personellen und organisatorischen Voraussetzungen
156 hierfür müssen umgehend geschaffen werden.

157

158 **Präventionsstrategien zu Schwerpunkt machen**

159 Viele Initiativen, Vereine oder Kirche machen sich gegen Nazis und für eine weltoffene
160 Demokratie stark. Zivilgesellschaftliche Institutionen, die durch
161 Deradikalisierungsprogramme, Opferberatung oder Präventionsprojekte wichtige Arbeit gegen
162 rassistisch oder islamistisch motivierte Gewalt leisten, verdienen staatliche und politische
163 Unterstützung und Anerkennung. Wir Grüne wollen sie deshalb auch finanziell wirksam
164 stärken. Wir wollen zugleich eine umfassende und wirkungsvolle Präventionsstrategie gegen
165 gewaltbereiten Islamismus entwickeln und umsetzen. Präventionsstrategien bieten darüber
166 hinaus erhebliche Potentiale für die allgemeine Kriminalitätsbekämpfung. Sie sollen durch
167 ein bundesweites Präventionszentrum koordiniert werden und alle relevanten staatlichen und
168 zivilgesellschaftlichen Akteure vernetzen. Dazu gehören: verschiedene Ressorts der
169 Bundesregierung, die Sicherheitsbehörden, Länder und Kommunen sowie Jugendhilfe,
170 Jugendverbände, Demokratieinitiativen, islamische Organisationen, Wissenschaft und Medien.

171

172 **Polizei stärken, Sicherheitsbehörden reformieren**

173 Für mehr Sicherheit braucht es einen rationalen Ansatz, grundlegende Reformen und mehr
174 Ressourcen. Die Bundespolizei muss personell und technisch besser ausgestattet werden. Das
175 ineffiziente Nebeneinander von Bundespolizei, Zollpolizei und Bundeskriminalamt wollen wir
176 beenden. Die kriminalpolizeilichen Aufgaben des Bundes sollen beim Bundeskriminalamt
177 konzentriert werden. Wir brauchen einen Neustart beim Verfassungsschutz. Statt des
178 Bundesamtes für Verfassungsschutz in seiner ineffektiven aktuellen Form wollen wir ein
179 personell und strukturell völlig neues Bundesamt zur Gefahren- und Spionageabwehr gründen,
180 das klar abgegrenzt von polizeilichen Aufgaben arbeitet. Wir brauchen außerdem ein
181 verschärftes Waffenrecht. Alle gefährlichen Waffen müssen lückenlos registriert und die
182 Eignung und Zuverlässigkeit der Besitzer regelmäßig geprüft werden. Wir wollen eine
183 europaweit einheitliche Kennzeichnung und gemeinsame Standards für die Deaktivierung von
184 Feuerwaffen einführen.

185

Begründung

Schwächen des alten Entwurfs: Der vorhandene Text handelt bereits in der dritten Zeile von dem, was die Feinde der Freiheit bzw. die politischen Gegner wollen. Er macht nicht die eigenen Ziele stark, sondern arbeitet sich an den Gegnern und Fehlern oder auch Mißerfolgen ab. Das ist unter Kommunikationsgesichtspunkten kontraproduktiv: Man stärkt bekanntlich auch dann die Argumentation des Gegners, wenn man sie kritisch referiert. Der gesamte Antragstext FH-SF-01 wirkt deshalb extrem defensiv. Zentrale grüne und liberale Forderungen tauchen nicht mehr auf, offenbar aus Angst vor populistischen Angriffen. Es gibt für eine derart übertrieben defensive Haltung weder sachliche noch politische Gründe. Vor zwei Jahren haben Bündnis 90/Die Grünen sich als Partei der Freiheit öffentlich präsentiert. Die ängstliche und in Teile widersprüchliche Darstellung des eigenen Staatsverständnisses „ex negativo“ reicht nicht aus, um diesem Anspruch gerecht zu werden. Dem vorliegenden Entwurf gelingt deshalb nicht einmal im Ansatz, eine Programmatik für die glaubwürdige Übernahme von Sicherheitsverantwortung und die Führung von sicherheitsrelevanten Institutionen vorzulegen, wie es der Anspruch von Bündnis 90/Die Grünen sein muss.

Begründung für die neue Textfassung (Zeilen auf den alten Entwurf bezogen): Der neue Text betont die Zentralität der Menschenrechte. Er geht von der Ebene der Werte und Ziele aus und kommt dann zu den Institutionen und ihrer politischen Gestaltung. Zentraler Begriff ist der des gesellschaftlichen Vertrauens in Verbindung mit der Forderung nach demokratischer Offenheit der Arbeit der Institutionen. Einzelne Argumentationen, etwa die Ablehnung von Gesetzesverschärfungen als Allheilmittel, werden übernommen.

Zeilen 31 neuer Absatz: Anscheinend aus Angst vor populistischen Angriffen verzichtet der vorliegende Text darauf, die Verwurzelung grüner Sicherheitspolitik in der Tradition einer modernen, freiheitlichen Justizpolitik auch nur zu erwähnen. Das ist politisch ein Fehler. Da unsere Haltung als bekannt vorausgesetzt werden kann, wirkt es opportunistisch und unglaubwürdig, wenn wir sie nicht offen benennen und aktiv für sie eintreten. Außerdem zeigt die Erfahrung, dass liberale Justiz- und Strafvollzugssysteme bei der Verbrechensbekämpfung erfolgreicher sind als alle populistischen Strafphantasien. Damit sollten wir punkten. Auch wenn das bei der Bild-Zeitung nicht leicht sein wird, sind unsere Wählerinnen und Wähler klug genug, den Gedanken zu erfassen.

Zeilen 32-72: Die Forderungen zur Stärkung der Polizei bzw. zum Umbau der Sicherheitsinstitutionen werden in sprachlich modifizierter Form übernommen. Die Videoüberwachung, deren Ausweitung in vielen Fällen im Programm nicht abgelehnt wird, bedarf einer besseren rechtsstaatlichen Fundierung durch den Gesetzgeber. Im bisherigen Text fehlt dieser Hinweis.

Die im alten Entwurf formulierte, radikal klingende (tatsächlich aber ebenso selbstverständliche wie schwierig zu realisierende Forderung, „Gefährder“ lückenlos zu überwachen und „bei Bedarf festzusetzen“ wird durch die Forderung nach einer rechtsstaatsverträglichen Definition dieses Begriffs durch das Parlament ergänzt. Diese wäre Voraussetzung für wirksames bundeseinheitliches Handeln der Behörden.

Zeilen 73-92: Der erste Satz Zeile 73 klingt wie eine Erfolgsmeldung des politischen Gegners, dem wachsender Einfluss bescheinigt wird und wurde deshalb gestrichen. Die nächsten Sätze wurden modifiziert übernommen. Die Formulierung „Keinen Fußbreit den Faschisten“ ist linker Agitprop aus den zwanziger Jahren des letzten Jahrhunderts. Sie machte damals (angesichts des

Staates der Weimarer Republik, dessen Vertreter insbesondere bei der Polizei, diese ablehnten, verständlich) die physische Auseinandersetzung auf der Straße zum entscheidenden Faktor bei der Bekämpfung rechtsradikaler Strömungen. Im Programm einer gewaltfreien Partei, die das Gewaltmonopol des Staates zur Grundlage ihrer Politik gemacht hat, hat eine solche Formulierung nichts verloren. Im Entwurfstext führt die historisierend-heroisierende „linke“ Selbstüberschätzung dazu, dass die Verpflichtung des Rechtsstaates und seiner Institutionen, Sicherheit für alle seine Bürger*innen zu garantieren, im Programm nicht formuliert wird. Der Skandal, dass viele Menschen anderer Herkunft, Religion oder sexueller Orientierung sich nicht überall in Deutschland selbstverständlich angstfrei bewegen können, wird nicht einmal benannt. Dass Gewalt immer nur von rechten oder islamistischen Gruppen oder Individuen ausgeht, wie der Text nahelegt, trifft im Übrigen nicht zu – die nächste (politisch für die Wahl relevante) Gelegenheit, sich von dieser Tatsache zu überzeugen, wird der G-20-Gipfel in Hamburg bieten. Deshalb wird die Anerkennung des staatlichen Gewaltmonopols sowie eine prinzipielle Ablehnung von Gewalt im neuen Text betont. Entsprechend wird später das erste der drei Projekte neu formuliert: Die Aufgabe, die Freiheitsrechte aller in Deutschland tatsächlich durchzusetzen, ist eine Pflicht des Staates, zu der die Zivilgesellschaft in begrenztem Umfang beitragen kann – nicht umgekehrt.

Zeilen 93-110: Dass Bundesamt für Verfassungsschutz „dauerhaft auf dem rechten Auge blind“ sei, ist offenbar nicht zu belegen. Die polemischen Formulierungen wurden deshalb abgeschwächt. Ein „personell und strukturell völlig neues Bundesamt“ gründen zu wollen, ist erkennbar überzogen und praktisch nicht realisierbar. Ob die Aufteilung in ein öffentliche Quellen und ein zweites, geheimdienstliche Quellen nutzendes Amt sinnvoll ist, sei dahin gestellt; die Forderung wurde trotzdem übernommen.

Zeilen 111-129: Im vorhanden Text wurden Wiederholungen korrigiert und Formulierungen geändert. So wurde die geforderte „Bildungsoffensive in Kindertagesstätten und Schulen“ gestrichen (man muss der heute-show nicht noch die Arbeit erledigen).

Zeile 131-140: Das Projekt stellt ausdrücklich fest, dass es die Pflicht des Staates ist, die Menschenrechte aller zu schützen. Die in der alten Fassung enthaltene Forderung, zivilgesellschaftliche Institutionen für wichtige Arbeit – Opferberatung, Prävention etc. – zu fördern, wurde in die neue Formulierung des 2. Projektes verschoben. Hingegen wird der Vorschlag für ein „Demokratiefördergesetz“ nicht übernommen. Ein solches Gesetz ist überflüssig und kontraproduktiv. Entweder die Demokratie überzeugt durch ihre Institutionen und die Personen, die sie vertreten – oder, wenn ihr das nicht gelingt, ist ihr durch ein Gesetz, das ein paar Millionen vom Staat auf die „Zivilgesellschaft“ umverteilt (die eigentlich ja dadurch definiert ist, dass sie staatsfern und staatsunabhängig handelt) auch nicht zu helfen. Ein solches Gesetz als Bundesgesetz ist in der Partei, soweit bekannt, nicht diskutiert worden. Die Gefahr ist groß, dass es zum Rohrkrepiere wird. Wer genau soll warum als „Demokrat“ gefördert werden? Sportvereine? Die CSU-Ortsgruppe irgendwo? Wo liegen die Grenzen für ein solches Vorhaben, wie soll es finanziell ausgestattet werden? Wie verhält sich ein solches Bundesgesetz zu den zahllosen Möglichkeiten auf Landes- und kommunaler Ebene, sinnvolle Arbeit vor Ort zielgenau zu fördern? Die Vermutung, die Grünen agierten hier als Lobbyorganisation, um ihre Klientel (die ebenso denkt wie sie selbst) zu finanzieren, würde jede Diskussion beherrschen. Der Satz: „Jeglichen staatlichen Generalverdacht und Druck gegen zivilgesellschaftliche Akteure, etwa anlasslose Überwachungen durch den Verfassungsschutz, lehnen wir ab“ am Ende dieses Absatzes wurde gestrichen. Er passt dort nicht hin (was hat er mit dem Thema des

Absatzes bzw dem Projekt zu tun?). Im Übrigen ist „anlasslose“ Überwachung exakt die Aufgabe von Nachrichtendiensten, weil sie der Polizei nicht erlaubt ist. Wenn man es genau nimmt, wird durch diese Formulierung in einem Nebensatz die Abschaffung von Geheimdiensten gefordert. Dazu bedürfte es allerdings eines bewusst gefassten Beschlusses auf der Bundesversammlung.

Zeile 141-150: Die Forderungen zum Thema Prävention und Förderung zivilgesellschaftlicher Initiativen, die im alten Text teilweise im 1. Projekt standen, werden in dieser Fassung zusammengeführt und um die Forderung nach Stärkung von Prävention auch im Bereich der allgemeinen Kriminalitätsbekämpfung ergänzt.